

## Lösungen

## Repetitionsfragen

## Kapitel 7

1. **Gründe für Wachstum:** Nach wie vor unbefriedigte Bedürfnisse, zusätzliche Nachfrage nach Arbeitskräften (um Arbeitslosigkeit zu verhindern oder zu vermindern), Erhöhung der Freizeit ohne Einbusse an Einkommen, Lösung sozialpolitischer Probleme.
2. **Bestimmungsfaktoren des Wachstums:** Menge und Produktivität der Produktionsfaktoren Arbeit, natürliche Ressourcen, Realkapital, Wissen und der institutionelle Rahmen, in welcher die Produktionsfaktoren eingebettet sind. (Daneben spielen auch die übrigen Rahmenbedingungen, die Geographie, das politische System und z.B. die Religion eine wichtige Rolle.)
3. **Haupttreiber des BIP pro Kopf:** Der Haupttreiber für das Wachstum des BIP pro Kopf war die Produktivität, welche stark angestiegen ist (insbesondere dank des technischen Fortschritts). Seit Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2008 ist das Wachstum der Produktivität relativ schwach und deshalb ein Kernpunkt in der Wachstumspolitik des Bundesrates.
4. **Grenzen des Wachstums:** Wachstumsgrenzen durch die Bevölkerungsvermehrung und der dadurch steigende Bedarf Rohstoffen und Umweltgütern. Allerdings verändern sich mit zunehmender Knappheit auch der Umgang mit diesen Ressourcen und die Suche nach Substituten. Ein wichtiger Treiber für «unbegrenzt» Wachstum ist der technische Fortschritt.
5. **Instrumente zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung und ihre Beurteilung:**
  - a) **Verbote / Gebote:** Überwachungsaufwand. Fehlende Anreize sich ökologischer zu verhalten, als dass die Ge- und Verbote es verlangen.
  - b) **Lenkungsabgaben:** Belohnung von umweltgerechtem Verhalten – Umweltverschmutzer bezahlen. Kostenbestimmung muss nicht vorgenommen werden (Festlegung von Grenzwerten für Schadstoffe und Abgabesatz); Markt bestimmt in Abhängigkeit des Abgabesatzes das Ausmass der Verhaltensänderung. Keine zusätzliche Einnahmequelle für den Staat (volle Rückerstattung).
  - c) **Umweltzertifikate:** Der Staat verteilt die zulässige Umweltbelastung auf Zertifikate (Belastungsrechte). Wer die Umwelt belastet, muss sich die dafür notwendigen Umweltzertifikate kaufen. Wer Umweltschutzmassnahmen einführt, braucht weniger Zertifikate und kann sie verkaufen. Umweltschutz wird also «belohnt», Umweltverschmutzung kostet.
6. **Globale Umweltabgaben:** Viele Umweltprobleme weisen einen globalen Charakter auf (z.B. die Belastung der Ozonschicht) und können deshalb nur gemeinsam gelöst werden. Für die stufenweise Einführung spricht der Umstand, dass Umweltabgaben einen Strukturwandel auslösen, welcher nicht von heute auf morgen bewerkstelligt werden kann, ohne negative Auswirkungen (z.B. auf die Arbeitsplätze) in Kauf nehmen zu müssen.
7. **Unterschiede in der Europapolitik:**

Die Unterschiede zwischen den Parteien in der Europapolitik lassen sich wie folgt zusammenfassen:

**Die FDP** befürwortet den bilateralen Weg und lehnt einen Beitritt zur EU oder zum EWR ab. Sie sieht die Bilateralen III als Chance und möchte Verbesserungen im bestehenden Verhältnis zur EU, betont jedoch den Schutz des liberalen Arbeitsmarktes.

**Die SVP** unterstützt ebenfalls bilaterale Beziehungen, jedoch ohne institutionelle Annäherung an die EU. Sie legt grossen Wert auf die Gleichberechtigung und Eigenständigkeit der Schweiz in diesen Beziehungen und betont die Bedeutung globaler Handelspartner ausserhalb Europas.

**Die Grünen** setzen sich für eine Stärkung und Weiterentwicklung der bilateralen Verträge ein, insbesondere in Bereichen wie Umweltschutz, Bildung und Digitalisierung. Sie betonen die Bedeutung gemeinsamer europäischer Lösungen für Klimaschutz und Energietransition.

**Die SP** unterstützt eine Normalisierung und Vertiefung der Beziehungen zur EU, wobei sie auf sozialen Schutz und gute Arbeitsbedingungen achtet. Sie warnt vor einer neoliberalen Ausrichtung der Europapolitik und setzt sich für eine europäische Integration mit sozialem Schutz ein.

**Die Mitte** befürwortet stabile und geregelte Beziehungen zur EU, um den Wohlstand der Schweiz zu sichern. Sie möchte eine starke Zusammenarbeit mit der EU auf Augenhöhe und legt Wert auf das Gleichgewicht zwischen wirtschaftlicher Vernetzung, Souveränität und sozialer Verantwortung.